

AUFGEFALLEN

Des Massenmörders Breivik wirkliche Strafe

Rudolf Hermann, Stockholm • Ein Breivik-Prozess läuft, und fast niemand schaut hin: Für den geltungssüchtigen norwegischen Massenmörder Anders Behring Breivik, für mindestens 21 Jahre in einem Hochsicherheitsgefängnis verwahrt, ist dies vielleicht die empfindlichere Strafe als die Haft an sich. Zurzeit findet in der Haftanstalt das Berufungsverfahren zu einem Urteil vom April 2016 statt, in dem einer Klage Breiviks gegen seine strengen Haftbedingungen teilweise stattgegeben worden war. Der Staat wollte sich nicht damit abfinden, dass die Isolationshaft und die Kontrolle der Korrespondenz, die wegen der Gefährlichkeit Breiviks verfügt worden waren, als Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention zu sehen seien, und rekurrierte.

Hatte das Verfahren im April tagelang die Schlagzeilen norwegischer und auch internationaler Medien beherrscht, so wird dem Utöya-Attentäter jetzt deutlich weniger Aufmerksamkeit zuteil. Das hat einerseits damit zu tun, dass Oslo gerade im Bann eines Polizeikorruptionsprozesses steht. Es war dieses Ereignis, das in Fernsehnachrichten und auf Internet-Nachrichtenportalen in den letzten Tagen an der Spitze der Berichterstattung stand:

Doch der Gesellschaftswissenschaftler und Extremismus-Spezialist Johannes Due Enstad von der Universität Oslo sieht auch eine allgemein verminderte Bereitschaft der Öffentlichkeit, sich mit Breivik auseinanderzusetzen. Laut Enstad ist das sogar in jenen Kreisen der Fall, die Breivik auch aus dem Gefängnis heraus anzusprechen versucht, nämlich bei extremistischen Gruppierungen im In- und Ausland. Auf einschlägigen Websites in Europa, wo nach Breiviks Bombenanschlag in Oslo und dem Wüten auf der Insel Utöya am 22. Juli 2011 eine Zeitlang grosser Verkehr geherrscht habe, werde Breivik heute kaum mehr genannt, sagte Enstad gegenüber dem norwegischen Fernsehen. Das treffe sogar auf russische Websites zu. Russland sei dabei das einzige Land Europas, in dem Breivik von rechtsextremistischen Kreisen öffentlich und unverhohlen unterstützt worden sei.